

A-6 Zivilgesellschaft in Israel und Palästina schützen - Gerechten Frieden schaffen

Gremium: Länderrat
Beschlussdatum: 05.07.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Antragstext

1 Der 7. Oktober und seine Folgen

2 Am 7. Oktober 2023 verübte die Terrororganisation Hamas einen großangelegten
3 Terroranschlag auf Israel: Tausende Raketen wurden abgefeuert, mehr als
4 1.200 Menschen wurden ermordet, über 200 wurden entführt. Ziel waren
ausschließlich Zivilist*innen. Dieses antisemitische Massaker stellt das
schwerste Verbrechen an Jüdinnen*Juden seit der Shoa dar. Wir verurteilen diesen
terroristischen Akt entschieden und ohne Einschränkung.

5 Wir bekennen uns klar zum Existenzrecht Israels und erkennen an, dass Israel das
Recht und die Pflicht hat, seine Bevölkerung zu schützen.

6 Eskalation in Gaza und die humanitäre Katastrophe vor Ort

7 Als Reaktion auf die Angriffe der Hamas und zur Befreiung der seit zwei Jahren
8 entführten Geiseln, von denen mittlerweile viele in Gefangenschaft
9 umgebracht wurden, begann die israelische Regierung eine großangelegte
10 Militäroperation im Gazastreifen. Diese entwickelte sich zu einem brutalen
11 Krieg, bei dem zehntausende palästinensische Zivilist*innen getötet, verletzt
12 oder vertrieben wurden. Die ohnehin prekäre Lage in Gaza ist zur
13 humanitären Katastrophe geworden.

Während die Hamas sich in zivilen Einrichtungen versteckt und die sich dort
befindenden Zivilist*innen gefährdet, bombardiert Israel diese zivilen
Schutzräume ungeachtet dessen. Krankenhäuser wurden zerstört, es fehlt an Wasser,
Nahrung und Medikamenten, und Millionen Menschen sind schutzlos auf
der Flucht. Israel blockierte zeitweise Hilfslieferungen und auch aktuell reicht
die zugelassene Hilfe bei Weitem nicht aus.

14 Eine Waffenruhe Anfang 2025 ermöglichte die Freilassung einiger Geiseln,
15 begleitet von einer schrecklichen Inszenierung und Demütigung der Menschen,

16 die freigelassen wurden, durch die Hamas. Die Waffenruhe wurde jedoch nach zwei
17 Monaten durch die israelische Armee gebrochen. Anfang Mai 2025
erklärte die israelische Regierung, Gaza dauerhaft besetzen und die
palästinensische Bevölkerung vertreiben zu wollen. Das ist ein
völkerrechtswidriges Vorgehen, das von internationalen Gerichten dokumentiert und
untersucht wird.

18 **Völkerrecht und politische Verantwortung**

19 Die Hamas begeht schwerste Völkerrechtsverbrechen, durch Angriffe auf israelische
20 Zivilist*innen, die Geiselnahmen und den Missbrauch von
21 Zivilist*innen als Schutzschilder. Das ist eindeutig zu verurteilen. Deshalb hat
22 der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen zwei führende
23 Hamas-Vertreter wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit
erlassen. Die Hamas regiert als Terrorregime über die palästinensische
Bevölkerung in Gaza. Besonders Frauen und queere Menschen sind von der
Unterdrückung und der Gewalt betroffen. Menschen, die gegen dieses Terrorregime
protestieren, werden Opfer von Verfolgung oder sogar getötet.

24 Auch Israel ist für massive Verstöße gegen internationales Recht verantwortlich.
25 Von einer demokratisch gewählten Regierung erwarten wir, dass sie
26 sich an geltendes internationales Recht hält. Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit
dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – sie bedingen
einander.

27 Im Frühjahr 2024 begann die israelische Armee eine Offensive in Rafah. Die
28 systematische Bombardierung dicht besiedelter Gebiete sowie Angriffe auf
29 Schulen, Krankenhäuser und Flüchtlingslager ließen keinen Schutz für die
Zivilbevölkerung zu. Laut israelischen Angaben befinden sich dort
terroristische Ziele, doch unabhängige Prüfungen der Richtigkeit oder
Verhältnismäßigkeit sind schwer möglich.

30 Der Internationale Gerichtshof verpflichtete Israel im Januar 2024 zu
31 vorbeugenden Maßnahmen, um einen Genozid, also einen Völkermord, zu verhindern.
32 Vorbeugende Maßnahmen sollten mitunter die Gewährleistung humanitärer Hilfe und
33 die Verfolgung öffentlicher Aufstachelung sein. Diese Auflagen wurden
bisher unzureichend erfüllt. Im Herbst 2024 erließ der Internationale
Strafgerichtshof Haftbefehle wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen
gegen die Menschlichkeit gegen Premierminister Netanjahu und seinen damaligen
Verteidigungsminister.

34 Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht müssen immer handlungsleitend sein
35 und dürfen nicht eingeschränkt werden. Israel verstößt in Gaza immer
wieder gegen diese Grundsätze.

36 **Perspektive auf Frieden und Gerechtigkeit**

37 Ein dauerhafter Waffenstillstand ist dringend notwendig, einschließlich der
38 sofortigen und bedingungslosen Freilassung aller Geiseln. Eine Waffenruhe
39 ist ein erster Schritt, aber keine Lösung. Ein gerechter Frieden kann nur auf dem
40 Völkerrecht, der Gleichberechtigung aller Menschen und dem Ende der
41 Siedlungen basieren.

42 Ziel muss die Zweistaatenlösung mit einem souveränen und demokratischen
43 palästinensischen Staat sein. Frieden erfordert die Anerkennung und
44 Verbesserung der Lebensrealitäten der palästinensischen Bevölkerung: Enteignung,
45 Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, Militärkontrolle und
Entrechtung sind Ausdruck eines strukturellen Unrechts. Ein gerechter und
dauerhafter Frieden ist nur möglich, wenn die israelische Regierung ihre
Politik grundlegend ändert: Die anhaltende Besatzung des Occupied Palestinian
Territory, die systematische und strukturelle Entrechtung und
militärische Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung befeuern Hass und
Radikalisierung. Perspektivisch muss Deutschland Palästina als Staat
erkennen.

46 Auch die Palästinensische Autonomiebehörde, die über das Westjordanland regiert,
47 steht der Freiheit und Selbstbestimmung der Palästinenser*innen im
48 Weg. Präsident Abbas, der wiederholt antisemitische Rhetorik verbreitet, und
49 seine Fatah-Regierung regieren seit über 20 Jahren ohne eigentlich
50 vorgesehene Wahlen. Außerdem hat die Autonomiebehörde erhebliche Probleme mit
Korruption. Klar ist deshalb: Damit ein unabhängiger Staat Palästina
seinen Bürger*innen tatsächlich Freiheit und Selbstbestimmung garantiert, braucht
es sofortige demokratische Wahlen und ein System, das Menschenrechte
und eine lebendige Zivilgesellschaft garantiert.

51 Die Hamas ist eine islamistische Terrororganisation, die durch ihre Angriffe auf
52 die israelische Zivilbevölkerung schwerste Verbrechen begeht und mit
53 dem Ziel handelt, Israel und alle Jüdinnen*Juden zu vernichten. Sie trägt in
54 keiner Weise zu einer demokratischen oder friedlichen Lösung des
Konflikts bei, sondern schürt existenzielle Angst – sowohl in der
palästinensischen Bevölkerung im Gazastreifen als auch in der israelischen
Gesellschaft, die regelmäßig Ziel ihrer Gewalt werden.

55 Ein gerechter Frieden braucht beide Parteien gleichberechtigt am
56 Verhandlungstisch und die Einbeziehung der Zivilgesellschaften. Gemeinsame
57 Visionen
58 von Würde und Freiheit können politische Prozesse ergänzen und stabilisieren.
59 Verhandlungen müssen unter internationaler Vermittlung erfolgen – frei
60 von geopolitischen Interessen. Die Verhandlungen sollen die beteiligten Parteien
selbstbestimmt führen und auf Grundlage der Osloer Verträge, die den
Grundstein für diesen Verhandlungsprozess festlegten.

Regionale Eskalationen und internationale Verantwortung

61 Nicht nur im Gazastreifen, auch in anderen Teilen der Region spitzt sich die Lage
62 weiter zu. Besonders im Libanon leidet die Bevölkerung unter dem
63 Angriff der islamistischen Hisbollah auf Israel und der darauf folgenden
64 Bodenoffensive des israelischen Militärs. Über 1,2 Millionen Menschen sind
aktuell auf der Flucht. Wir stehen an der Seite der betroffenen Zivilbevölkerung
und unterstützen die internationalen Bemühungen, um einen dauerhaften
Waffenstillstand im Libanon und die Rückkehr der israelischen Bevölkerung in den
Norden des Landes zu ermöglichen.

65 Außerdem trägt das Regime im Iran wesentlich zur Destabilisierung der Region bei.
66 Das Regime hat als erklärtes Staatsziel die Vernichtung Israels.
67 Durch die gezielte Unterstützung von Gruppen wie der Hisbollah, der Hamas und den
68 Huthis untergräbt das Regime Friedensprozesse und heizt bestehende
69 Konflikte an. Das Atomprogramm stellt eine ernsthafte Bedrohung für die
70 Sicherheit Israels und die gesamte Region dar. Es braucht eine klare
71 politische Strategie zur Deeskalation und Stärkung demokratischer Kräfte. Dazu
gehören klare Sanktionen gegen die Regimeführung und die Aufnahme der
Revolutionsgarde (IRGC) in die EU-Terrorliste. Deutschland muss seine
wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Islamischen Republik beenden. Die
aktuelle militärische Eskalation trifft in erster Linie die Bevölkerung und
autoritäre Strukturen werden weiter verfestigt. Wir stehen an der Seite
der Zivilgesellschaften.

72 Deutsche Politik: Verantwortung statt Waffenexporte

73 Die internationale Haltung beeinflusst das Vorgehen der israelischen Regierung.
74 Entsprechend fordern wir von der Bundesregierung, sich für einen
75 sofortigen Waffenstillstand einzusetzen, einschließlich der Freilassung aller
Geiseln, dem Rückzug der israelischen Armee und ausreichender
humanitärer Hilfe.

76 Es ist für uns essentiell, dass Menschenrechtsverletzungen nicht durch deutsche
77 Waffen unterstützt und verschärft werden dürfen. Seit Beginn des
78 Krieges eskaliert die Lage immer weiter, trotz internationaler Appelle wurden
79 immer wieder Völkerrecht und Menschenrechte missachtet. Wir fordern
80 deshalb den sofortigen Stopp aller Waffenlieferungen an Israel, mit Ausnahme
81 jener, die zum Schutz benötigt werden. Dies soll verdeutlichen, dass ein
82 Ende des Krieges zu Lasten der Zivilbevölkerung und der humanitären Katastrophe
zwingend notwendig ist. Wir erkennen an, dass auch Israel Ziel von
Angriffen, insbesondere durch den Iran, ist. Diese Angriffe bedrohen auch die
israelische Zivilbevölkerung. Für den Stopp von Waffenexporten an Israel
sollten daher Ausnahmen gemacht werden für Komponenten und Güter, die zur

Selbstverteidigung und zum Schutz der Israelischen Zivilbevölkerung benötigt werden. Es braucht zudem mehr Transparenz, welche Waffen aktuell geliefert werden.

83 Seit Oktober 2023 hat Deutschland über 300 Millionen Euro an humanitärer Hilfe
84 für die Menschen in Gaza bereitgestellt. Diese finanzielle
85 Unterstützung ist sehr wichtig und muss unbefristet und planbar aufrechterhalten
86 werden. Deutschland muss die humanitäre Hilfe in Gaza nicht nur
87 finanziell unterstützen, sondern auch politischen Druck ausüben und logistisch
unterstützen. Die Bundesregierung sollte sich deswegen aktiv für die
Öffnung weiterer Grenzübergänge einsetzen, sich an humanitären Luft- und
Seebrücken beteiligen und Hilfsorganisationen und UN-Organisationen, die
Hilfe in Gaza leisten, unterstützen. Das umfasst unter anderem diplomatischen
Schutz für Personen, die in Gaza humanitäre Hilfe leisten.

88 **Zivilgesellschaft stärken – vor Ort und international**

89 Zivilgesellschaftlicher Aktivismus ist zentral für jede langfristige
90 Friedensperspektive. Die Hamas handelt nicht im Sinne der palästinensischen
91 Bevölkerung - im Gegenteil: Trotz Repression protestierten im März 2025 viele
Palästinenser*innen gegen die Hamas und den Krieg. Auch in Israel gibt
es seit Monaten riesigen, anhaltenden Protest gegen die Regierung, für die
Freilassung der Geiseln und gegen das völkerrechtswidrige Vorgehen in Gaza.

92 Zahlreiche israelische und palästinensische Gruppen setzen sich seit Jahren für
93 Frieden, Menschenrechte und demokratische Teilhabe ein, oft unter
94 extrem schwierigen Bedingungen. Diese Arbeit verdient Unterstützung und Schutz.
Deutschland muss diese Organisationen gezielt fördern, auch
finanziell. Es ist fatal, wenn ihre Arbeit durch intransparente Kürzungen
erschwert wird.

95 **Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus in Deutschland**

96 Die Eskalation im Nahen Osten wirkt bis nach Deutschland. Die Zahl
97 antisemitischer Straftaten hat stark zugenommen und das nicht nur in ihrer
98 Häufigkeit, sondern auch in der Gewalt. Allein im Jahr 2024 stieg die Anzahl
99 antisemitischer Vorfälle um 77% im Vergleich zum Vorjahr auf insgesamt
100 4886 Vorfälle. Auch im Kontext pro-palästinensischer Demonstrationen kommt es zu
antisemitischen Vorfällen, etwa durch die Verherrlichung der Hamas.
Jüdinnen*Juden sind in Deutschland nicht sicher. Es ist eine authentische, nicht-
instrumentalisierte Erinnerungskultur notwendig, die echte
historische Verantwortung durch Schutz jüdischen Lebens, Demokratie, universelle
Menschenrechte und Friedensförderung umsetzt.

101 Zugleich verstärkt sich die pauschale Ablehnung von Menschen mit arabischem oder
102 muslimischem Hintergrund. Politische Forderungen nach Abschiebungen
103 und Einschränkungen im Asylrecht nutzen pro-palästinensisches Engagement als
104 Vorwand. Es ist untragbar, Teilnehmende solcher Proteste oder muslimische
105 Menschen pauschal als antisemitisch zu stigmatisieren. Auch in Deutschland muss
106 das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit geschützt werden. In
107 Deutschland kommt es, insbesondere in Berlin, im Zuge von pro-palästinensischen
108 Demonstrationen immer wieder zu exzessiver Polizeigewalt. Dafür wurde
109 Deutschland im Juni 2025 vom Europarat gerügt. Dieser warnte vor schwerwiegenden
110 Eingriffen in die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Auflagen wie
das Verbot von arabischer Sprache, das Verbot von Demonstrationen und
Abschiebungen aufgrund von politischem Protest werden in dem Brief an den
Innenminister Dobrindt klar verurteilt. Wir schließen uns dem an und verurteilen
die exzessive Polizeigewalt und die weiteren Repressionen. Das Recht
auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit muss für alle gewahrt werden - auch wenn
die Meinung der Protestierenden der Auffassung der Regierung
zuwiderläuft. Zahlreiche Gerichtsurteile haben gezeigt, dass Anzeigen gegen pro-
palästinensische Demonstrierende in den meisten Fällen nicht haltbar
sind und fallen gelassen werden.

111 Pro-palästinensische Demonstrierende dürfen nicht pauschal als antisemitisch
112 verurteilt werden. Ihre Trauer um ihre Angehörigen und ihre Forderungen
113 nach Frieden sind legitim und müssen Gehör finden. Wenn es auf Demonstrationen zu
114 antisemitischen oder auf andere Weise diskriminierenden Vorfällen
115 bis hin zu Mordfantasien kommt, gilt es, diese spezifischen Vorfälle klar zu
116 verurteilen und dagegen vorzugehen. Fahnen der Islamischen Republik Iran,
117 der Taliban oder des sogenannten Islamischen Staates sowie antisemitische Parolen
118 und Symbole haben bei Protesten für Frieden und Völkerrecht nichts
119 zu suchen. Diese spezifischen, extremistischen Gruppen oder diskriminierenden
120 Vorfälle verurteilen wir entschieden. An den aktuellen Diskursen in
121 Politik, Zivilgesellschaft und den Medien sowie der Kritik von diversen
122 Betroffenen sehen wir, dass der Umgang mit diskriminierenden Vorfällen auf
123 Demonstrationen ein Problem ist, auf das wir noch keine angemessene Antwort
124 gefunden haben. Wir begrüßen, dass sich Teile der Veranstalter*innen der
jüngsten Demonstrationen von diesen Akteuren und Symbolen im Nachhinein
distanziert haben. Für die Zukunft sehen wir es als notwendig an, Konzepte
gegen Diskriminierungsfälle und Schutzkonzepte für Betroffene auf Demonstrationen
zu entwickeln und noch entschlossener vor Ort gegen Vorfälle
vorzugehen. Wir selbst wollen uns mit Betroffenen darüber austauschen, wie
möglichst gut auf Vorfälle reagiert werden kann und diese im besten Fall
verhindert werden können. Wir laden alle dazu ein, diesen Weg mit uns gemeinsam
zu gehen. Es ist notwendig und unsere humane Pflicht, Aufmerksamkeit
auf die humanitäre Katastrophe und die massiven Menschenrechtsverletzungen in
Gaza zu lenken. Das brutale und zum Teil willkürliche Vorgehen der
Polizei und des deutschen Staates gegen pro-palästinensische Demonstrierende ist
nicht zu rechtfertigen. Protest muss in einem demokratischen Staat

möglich sein. Demonstrierende dürfen nicht pauschal Opfer von polizeilichen Repressionen werden wegen des Verhaltens einzelner Akteure oder Gruppen.

125 Als GRÜNE JUGEND stellen wir uns klar gegen Antisemitismus und anti-muslimischen
126 Rassismus. Jede jüdische Person muss sich in Deutschland sicher
127 fühlen können. Jede muslimische Person muss sich in Deutschland sicher fühlen
128 können. Genauso sollen sich alle Menschen auch in der GRÜNEN JUGEND
sicher und wohl fühlen. Ebenso muss es allen Menschen möglich sein, ihre Meinung
frei zu äußern und friedlich zu demonstrieren, ohne Repression oder
Diskreditierung.

129 Der Einsatz gegen Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus in Deutschland
130 sollte durch einen gemeinsamen Bundes-Länder-Aktionsplan verstärkt
131 werden, durch den die Haushaltsmittel für politische Bildung und
Demokratieförderung um mindestens 25 % aufgestockt und Beratungs- und
Beschwerdestellen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)
flächendeckend ausgebaut werden.

132 **Unsere Forderungen**

133 Wir fordern:

- 134 • einen dauerhaften Waffenstillstand.
- 135 • die bedingungslose und sofortige Freilassung aller Geiseln.
- 136 • den vollständigen Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen.
- 137 • ein Ende der Besatzung des Occupied Palestinian Territorys (OPT).
- 138 • das Umsetzen der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs und des
Internationalen Strafgerichtshofs.
- 139 • ungehinderten, bedarfsgerechten und transparenten Zugang zu humanitärer
Hilfe für Menschen in Gaza.
- 140 • einen langfristigen und nachhaltigen Friedensprozess.

141 • demokratische Wahlen der Autonomiebehörde und ein Ende der Hamas-Herrschaft
über Gaza.

142 • konsequente Sanktionen gegen die Unterstützer*innen des Hamas-Terrors,
143 insb. gegen das iranische Regime, und eine Listung der Revolutionsgarde
auf die EU-Terrorliste.

144 • die Bekämpfung von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus in
Deutschland.

145 Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die unter der Gewalt leiden, unabhängig
146 von Nationalität, Religion oder Herkunft. Wir setzen uns für eine Welt
ein, in der Gerechtigkeit, Völkerrecht und Menschlichkeit im Zentrum politischen
Handelns stehen.